

Tagung zur Vorstellung des 2. Engagementberichts, Berlin, 19.05.2017

„Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“

Dr. Heiko Geue, Leiter der Zentralabteilung Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), eröffnet stellvertretend für Ministerin Manuela Schwesig die Tagung. Gleich zu Beginn verwies Geue auf das besondere Spannungsverhältnis im Bereich der Engagementpolitik zwischen der Autonomie der Bürgerinnen und Bürger bei der Mitgestaltung der Gesellschaft einerseits und der Verantwortung des Staates v.a. im Bereich der Daseinsvorsorge andererseits. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger dürfe nicht zum Reparaturbetrieb für staatliche Defizite werden. Letztlich müsse der Staat die Bedingungen dafür herstellen, dass sich Menschen aller Einkommens- und Bildungsschichten engagieren können. Er betonte die Bedeutung der Finanzierung von Bundesförderprogrammen, sähe hier jedoch Konflikte mit Städten und Gemeinden hinsichtlich des Föderalismus. Geue zählte nachfolgend wesentliche Themenfelder des Engagementberichtes auf und betonte das Engagement seines Ministeriums in diesen Bereichen. Besonders hob er dabei die 150 Mehrgenerationenhäuser hervor, die v.a. in ländlichen Regionen eine wichtige Scharnierfunktion einnehmen würden, ebenso verwies er auf das Programm „Engagierte Stadt“. Am Ende seiner Rede betonte er, dass man gern noch in dieser Legislatur eine Deutsche Engagementstiftung auf den Weg gebracht hätte und eine breite Diskussion im Parlament geführt hätte, dies zeitlich jedoch nicht mehr realisieren konnte. Insgesamt habe sich die Regierung jedoch sehr dafür eingesetzt, die Würdigung des Engagements zu stärken z.B. durch eine Aufwertung des Deutschen Engagementpreises.

Prof. Dr. Thomas Klie: Im zweiten Vortrag des Tages ging Prof. Dr. Thomas Klie, Leiter der Engagementkommission, auf grundlegende Aspekte des 2. Engagementberichts ein und kritisierte den Umgang des BMFSFJ mit den Ergebnissen des Berichtes.

Impressum:

Stand: Juni 2017

Hrsg: Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ)

Rudolf-Breitscheid-Str. 64 | 14482 Potsdam

www.fapiq-brandenburg.de | V.i. S.d.P.: Dr. Anja Ludwig, Antje Baselau

Herr Klie fand sehr deutliche und kritische Worte dafür, dass das BMFSFJ und die Regierung erst nach 11 Monaten Stellung zu den Ergebnissen der Kommission bezogen hätten und damit kaum noch Zeit in dieser Legislatur bliebe, in einen fachpolitischen Diskurs zu den Ergebnissen treten zu können. Weiter hob Klie hervor, dass der Fokus des Engagementberichtes auf der kommunalen Ebene liege und hierdurch machtpolitische Fragen berührt würden, die zwangsläufig mit einer Aufgaben- und Kompetenzverschiebung verbunden seien. Wenn der Bund eine stärkere kommunale Ebene wolle, dann müsse er auch bereit sein, Macht und Finanzmittel neu zu verteilen. Grundlegend wurde auch die Begrifflichkeit des Engagements thematisiert. Die Kommission habe sich bewusst gegen den Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ und für den Begriff des „Engagements“ ausgesprochen, um die Vielfalt des Engagements nicht einzuschränken. Auch habe man sich bewusst von einem pflichtorientierten Engagementbegriff distanziert und sich für eine Orientierung am Tugendverständnis entschieden. Engagementpolitik sei eine Querschnittsaufgabe und müsse so auch auf bundespolitischer Ebene behandelt werden, dies sei in der aktuellen Diskussion nicht wahrnehmbar, kritisierte Klie. Die Empfehlungen zum Bericht lassen darauf schließen, dass keine anderen Ministerien und fachpolitischen Ressorts einbezogen wurden. Zudem sei es nicht ausreichend, Engagementpolitik einzig auf Förderprogramme zu beschränken. Vielmehr brauche es eines grundlegenden Umdenkens in diesem Bereich.

Prof. Dr. Adalbert Evers: Herr Evers ging in seinem Vortrag auf die Vielfalt des Engagements ein, die für die Kommission von herausragender Bedeutung war. Er spannte in seinem Vortrag einen ersten Bogen von politischer Beteiligung bis hin zu der Möglichkeit, selbst aktiv tätig zu werden und seine Umwelt zu gestalten. Der zweite Bogen reichte vom „Kitt der Gesellschaft,“ mit dem er Stabilität und Bewahrung ausdrückte, bis hin zu Bürgerinitiativen, die sich aus dem Wunsch heraus engagieren, gesellschaftliche Zustände zu verändern.

Dr. Wilhelm Haumann beschreibt nachfolgend Trends und Zahlen im Engagementbereich. Je nach Umfrage sind in Deutschland 41 - 45 Prozent der Bevölkerung engagiert. Es lassen sich drei Bevölkerungsgruppen identifizieren, bei denen das Engagement in den letzten Jahrzehnten erkennbar zugenommen habe. Zum einen seien das Personen nach dem Eintritt in den Ruhestand. (von 16 auf 27 Prozent bei der Gruppe der 70 - 74-jährigen, von 19 auf 26 Prozent bei den 65 - 69-jährigen) Der Wachstumseffekt in diese Gruppe ließe jedoch eine zunehmende Stagnation erkennen. Die zweite Gruppe sind Jugendliche im Alter von 14 - 19 Jahren. Durch deren verstärkte Zugehörigkeit zu Vereinen würde sich deutlich häufiger die Möglichkeit zum Engagement bieten.

Die dritte Gruppe sind Frauen. Bei Personen im erwerbsfähigen Alter sei das Engagement am geringsten verbreitet, was vielfach mit Problemen bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement in Verbindung steht. Insgesamt habe sich die Zahl der Vereine in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht. Immer mehr Freiwillige engagieren sich heute mit weniger Zeiteinsatz, unregelmäßiger und häufiger im sozialen Bereich.

Panel 1 Monetarisierung des Ehrenamtes- Zentrale Aussagen der Referenten:

Prof. Dr. Martina Wegener verwies darauf, dass das Thema „Monetarisierung des Ehrenamtes“ seit vielen Jahren kontrovers diskutiert würde, Antworten und Lösungen jedoch bis heute weitestgehend ausgeblieben seien. Das liege u.a. daran, dass jeder etwas Anderes unter Monetarisierung verstehe und dass die Ehrenamtsbereiche hinsichtlich ihrer Kulturen und Traditionen unterschiedlich seien. Es zeige sich heute, dass es kaum noch Akteure gibt, die sich für ein „Reinheitsgebot“ (Ehrenamt konsequent ohne Bezahlung) im Engagementbereich aussprechen würden. Allein für die Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen werden in Deutschland jährlich 800 Mio. Euro jährlich ausgegeben. Dies sei um ein Vielfaches mehr als das, was in staatliche Förderprogramme wie Mehrgenerationenhäuser oder Soziale Stadt fließe. Am stärksten ausgeprägt sei die Monetarisierung im Sportbereich, der Sozialbereich stehe an zweiter Stelle. Durch die Monetarisierung haben viele Akteurinnen und Akteure einen kurzfristigen Nutzen, es sei aber fraglich ob ein so gestaltetes Engagement auch langfristig trägt und tragbar ist.

PD Dr. Ansgar Klein: betont, dass es eine klare Unterscheidung von Ehrenamt und bezahlten Tätigkeiten geben muss. Eine Person darf- und hier bezieht er sich auf eine Aussage im Bericht- nicht auf lohnähnliche Entgeltung ihrer freiwilligen Tätigkeit angewiesen sein, um sich engagieren zu können. Er plädiert dafür, dass freiwilliges Engagement als selbstverständlicher Bestandteil einer Work-Life-Balance verstanden wird. In diesem Zusammenhang fordert er eine zeitliche Synchronisation des Ehrenamtes, was impliziert, dass die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Alltags Raum für die Erfordernisse des Ehrenamtes bieten muss. Er hält es für notwendig, verstärkt über die weitergehende Digitalisierung der Arbeitswelt (Arbeit 4.0) und deren Auswirkungen zu diskutieren. Perspektivisch sei von einer zunehmenden Freisetzung von Erwerbspersonen

durch die Digitalisierung auszugehen. Aus diesem Grunde würden sich auch Wirtschaftsunternehmen zunehmend mit dem bedingungslosen Grundeinkommen befassen. Durch die Freisetzung würden erhebliche Potenziale für den Engagementbereich entstehen.

Hr. Hinz-Rommel, Diakonie Württemberg, äußerte sich als Vertreter der Wohlfahrtspflege besorgt darüber, wie v.a. im Pflegebereich durch zunehmende Monetarisierung die Grenzen zwischen Hauptamt, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe immer mehr verschwimmen. Geldzahlungen verändern das Verhältnis zwischen diesem Dreiklang und hierdurch verändern sich die Erwartungshaltungen auf Seiten derer die bezahlen und auf Seiten derer die Leistungen erbringen. Hinz-Rommel wirft die Frage auf, ob Monetarisierung zur Deprofessionalisierung oder Professionalisierung beiträgt. Beides könne der Fall sein. Eine Übertragung von ehemals fachlich verankerten Aufgaben auf Ehrenamtliche könne eine Deprofessionalisierung zur Folge haben. Andererseits sei zu beobachten, dass Ehrenamt zunehmend auch nach Qualifizierung und Weiterentwicklung strebt oder beides im Rahmen von Monetarisierung auch erwartet wird. Fraglich sei jedoch, ob Ehrenamt hierdurch seine Identität und sein Selbstverständnis verliert oder verändert.

Panel 3 Daseinsvorsorge und Engagement- zentrale Aussagen der Referenten:

Prof. Dr. Dehne, Mitglied der Engagementkommission, ging in seinem Vortrag auf die Frage ein, was Daseinsvorsorge ist, wie sie neu definiert werden könnte und wo die Schnittstellen zum Engagement liegen. Er plädierte für ein neues Verständnis von Daseinsvorsorge. Selbstbestimmung und soziale politische Mitgestaltung sind für ihn die zentralen Fragen. Dehne beschrieb die Situation in städtischen Regionen als durch professionelle Dienste geprägt und im ländlichen Raum durch selbstorganisierte Hilfen kompensiert. Für ihn sei eine „neue Zusammenarbeit“ notwendig, die vor dem Hintergrund von Verberuflichung und Professionalisierung stattfinden würde. Kommunen könnten aus seiner Sicht die Rolle von „Ermöglicern“ einnehmen, die motivieren, qualifizieren, wertschätzen, koordinieren und vernetzen könnten.

Prof. Dr. Stephan Grohs kommentierte in seinem Input den Engagementbericht kritisch. Er mahnte an, dass die Begriffserweiterung mit der Daseinsvorsorge PLUS die bestehende Unschärfe noch vergrößern würde.

Vor dem Hintergrund von schrumpfenden Regionen und Haushaltssperren wies er auf drei Dilemmata hin. 1. Schrumpfende Regionen würden zunehmend Probleme mit der Auslastung ihrer Infrastruktur haben. 2. Gewinnorientierung der Unternehmen führe zu Rückzug aus der Fläche. 3. Engagementbereitschaft ist in strukturschwachen Regionen, wo es besonders gebraucht würde, eher niedrig. Um günstige Rahmenbedingungen zu schaffen und eine hauptamtliche Engagementkoordination zu gewährleisten bedürfe es einer Stärkung der kommunalen Finanzen jenseits der aktuellen Förderlogik.

Dr. Markus Mempel, Vertreter des Deutschen Landkreistags, plädierte in seinem Beitrag für eine grundständige Finanzierung der Kommunen, um dem umfänglichen Auftrag der Engagementförderung gerecht werden zu können. Er kritisierte die Kreisgebietsreformen in den neuen Bundesländern, da hier viel Vertrauen und Gemeinschaftssinn verspielt würde. Vertrauen fehle ihm auch im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen. Daseinsvorsorge sei keine Gemeinschaftsaufgabe, die Verantwortung liege bei den Kommunen, die mit einem frei zu verwendeten Regionalbudget auch die angesprochenen individuellen Lösungen der Daseinsvorsorge schaffen könnten. Ein wichtiger Schritt sei hier auch die Schaffung von Visionen und Leitbildern. Er wehrte sich gegen den im Engagementbericht immer wieder auftauchenden Gegensatz zwischen Kommune und Bürgerinnen und Bürgern. Er stellte zudem fest, dass viele Menschen nicht beteiligt werden wollen.